

**Freie Hansestadt Bremen
Ortsamt Horn-Lehe**

PROTOKOLL
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
21.01.2016	19.15 Uhr	22.10 Uhr	Gemeindesaal der ev. Kirchengemeinde Horn

TEILNEHMER	
ORTSAMT:	I. Köstner, Vorsitzende M. Gagelmann, Protokollführerin
BEIRAT:	siehe anliegende Liste
Gäste:	Herr Strehl (Staatsrat der Senatorin für Finanzen) Herr Lemke (bpw) Frau Konrad (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr) Herr Bulling (Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen und Sport) Herr Sommer (Regionalleitung Kita Bremen)

TAGESORDNUNG:
<ol style="list-style-type: none">1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.11.20153. Wünsche, Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung4. Anträge des Beirates<ul style="list-style-type: none">* CDU – Haltestellen der Straßenbahnlinie 4 S in Horn-Lehe* CDU – Freigabe von Turnhallen* SPD – Suche nach Interimsstandorten für die U3- und Ü3-Betreuung in Horn-Lehe* SPD – Schneeräumung* SPD – Reservierung von Globalmitteln für Jugendbeteiligung im Stadtteil5. Stand des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2016/2017 und Stadtteilbudgets6. Positionierung des Beirates zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Vorhaben "Kindertagesstätte und Wohnhaus" an der Riekestraße7. Globalmittelanträge<ul style="list-style-type: none">* BM 27/15 OS Ronzelenstraße, Vogelneestschaukel und Wildholzmikado auf dem Schulhof, Antrag über 3.000 €* BM 31/15 Stiftung Bremer Rhododendronpark, Sanierung einer Hängebrücke auf dem Spielplatz im Erweiterungsgelände des Rhododendronparks, Antrag über 2.000 €* BM 32/15 Bürgerverein Horn-Lehe e.V. – Neujahrsempfang am 23. Januar 2016, Antrag über 224,87 €8. Mitteilungen des Beiratssprechers9. Mitteilungen des Orsamtes10. Verschiedenes

Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Frau Köstner begrüßt die Beiratsmitglieder, die Behördenvertreter sowie die Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Stadtteil. Sie richtet die besten Wünsche zum neuen Jahr an die Anwesenden, weist auf die Möglichkeit hin, sich für den Newsletter des Orsamtes anzumelden und formuliert Wünsche des Orsamtes an das Jahr 2016.

Frau Hanke bittet darum, den Antrag der SPD bezüglich der Suche nach Interimsstandorten für die U3- und Ü3-Betreuung in Horn-Lehe gleich zu Beginn der Sitzung zu behandeln, da anwesende Eltern der Kinder aus der Kita Berckstraße um 20.00 Uhr zu einem Elternabend in die Berckstraße müssten.

Beschluss: Die Beiratsmitglieder äußern keine Bedenken. Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.11.2015

Beschluss: Das Protokoll wird einstimmig ohne Änderungswünsche oder Ergänzungen genehmigt.

Zu TOP 4: Anträge des Beirates

4.3. SPD – Suche nach Interimsstandorten für die U3- und Ü3-Betreuung in Horn-Lehe

Frau Hanke erinnert, dass der Beirat die Interimslösung einer Kita im ehemaligen Ortsamt in der Berckstraße für 23 Monate beschlossen hatte. Laut Mitteilung von Immobilien Bremen stehe dieses Gebäude kurz vor dem Verkauf. Sie teilt weiter mit, die Eltern der Kinder aus der Kita Berckstraße wüssten nicht, wo sie ihre Kinder ab dem nächsten Kindergartenjahr unterbringen sollten. Die Plätze würden aber dringend im Stadtteil benötigt. Da der Investor für das Grundstück die Auflage erhalten habe, eine neue Kita zu errichten, könne ihre Fraktion sich vorstellen, dass als Zwischenlösung (bis zur Fertigstellung des neuen Kita-Gebäudes am gleichen Standort) Modulbauten aufgestellt würden.

Herr Quaß beklagt, laut einstimmigen Beschluss des Beirates von Juni 2014 habe der Beirat die senatorische Sozialbehörde aufgefordert, Ende 2014 Lösungen vorzulegen. Dies sei aber nicht geschehen. Ein Grund hierfür war wohl auch, dass die Zuständigkeit für Kitas inzwischen zur senatorischen Behörde für Kinder und Bildung verlagert wurde. Dem Beirat wurde stets mitgeteilt, dass das Gebäude des ehemaligen Ortsamtes abgängig sei. Auf Bitten der Sozialsenatorin Frau Stahmann sollte die Interimslösung in der Berckstraße für 23 Monaten während des Neubaus der Kita an der Fritz-Gansberg-Straße eingerichtet werden.

Herr Mazur ergänzt, im Beirat und im Fachausschuss wurde diese Lösung 2014 mehrfach beraten. Da es ein massives Versorgungsproblem in Horn-Lehe gebe, und die Kita in der Berckstraße sehr gut angenommen werde, habe seine Fraktion im Oktober 2015 einen Beschluss auf Weiternutzung des Gebäudes als Kita gefordert. Er schlägt vor, jetzt ein Moratorium zu beschließen, welches den Grundstücksverkauf stoppe und Lösungen für eine weitere Kita-Nutzung erarbeite. Bei der Senatorin für Finanzen als Aufsichtsbehörde von Immobilien Bremen müsse eine Übergangslösung gefordert werden.

Herr Eichner plädiert für eine alternative Standortsuche, da das Gebäude in der Berckstraße abgängig sei und es keine Übergangslösung für eine Übergangslösung geben könne.

Herr Sommer erklärt, die jetzigen Kinder der Berckstraße seien für das kommende Kindergartenjahr versorgt. Sie seien eingeplant für die neue Kita in der Fritz-Gansberg-Straße. Das Problem sei nun, dass die Kita Berckstraße keine Neuanmeldungen annehmen könne, es gebe aber bereits Anfragen für 60 Kinder. Anders als ursprünglich angenommen, kämen 85 Prozent der dort untergebrachten Kinder aus dem Stadtteil Horn-Lehe. Die restlichen Kinder kommen aus den umliegenden Stadtteilen. Für Kita Bremen sei dies eine wichtige Einrichtung, die gut geführt und stark nachgefragt werde.

Frau Köstner erinnert daran, dass in jeder Sitzung und in jedem Protokoll lediglich von einer Interimslösung von 23 Monaten gesprochen wurde. Frau Wagner-Pribbernow von Immobilien Bremen habe in der Sitzung des Fachausschusses Bildung und Kinder am 16.12.2015 mitgeteilt, dass es enge Kontakte und Gespräche bezüglich eines Verkaufs mit einem Investor gebe. Die Auflagen zum Neubau einer Kita seien bekannt und müssen erfüllt werden.

Frau Hanke ergänzt, Immobilien Bremen halte an einem Verkauf fest, da das Gebäude abgängig sei.

Herr Mazur beklagt, dass sich viele Institutionen die Verantwortung zuschieben würden. Er fragt nach, welche Chance bestehe, wenn der Beirat einen Aufschub des Verkaufs fordere.

Herr Sommer betont, das Gebäude der Kita Berckstraße sei nicht kontaminiert. Ein Weiterbetrieb der Kita sei deshalb unproblematisch. Dies wurde Kita Bremen durch Gutachter bestätigt. Eine Verlängerung der Nutzung als Kita sei günstiger als ein neuer Standort als Interimslösung. Laut des Architekten von Kita Bremen müssten nur einige Reparatur- und kleinere Sanierungsarbeiten vorgenommen werden.

Herr Quaß betont, der Gegenstand des Antrags werde gerade nicht diskutiert. In einem Jahr stehe man wieder vor dem gleichen Problem, deshalb mache es keinen Sinn, eine Lösung des Problems vor sich herzuschieben. Modulbauten seien als Übergangslösung sinnvoll, damit an der Berckstraße schnellstmöglich eine neue Kita entstehen kann.

Frau Köstner teilt mit, sie habe heute ein Schreiben von Elternvertretern der Kita Berckstraße und der Fritz-Gansberg-Straße erhalten, weshalb sie der anwesenden Elternsprecherin Berckstraße das Wort erteilen möchte.

Die Elternvertreterin der Kita Berckstraße teilt mit, dass heute noch eine Informationsveranstaltung in der Berckstraße stattfindet. Die betroffenen Eltern warten auf Antworten aus dem Beirat und von Kita Bremen. Die Eltern hätten sich auch schon an die Finanzsenatorin gewandt, da in diese Kita viel Geld investiert wurde und man deshalb für eine Weiterführung plädiere.

Herr Eichner gibt zu bedenken, dass ein Moratorium Hoffnungen in die Eltern wecke, die dann nicht erfüllt werden können. Der Antrag des Beirates lasse alles zu, eine schnelle Lösung sei wichtig.

Herr Drechsel teilt mit, seine Fraktion unterstütze die Ausführungen des Beiratssprechers. Die Verträge wurden geschlossen, als eine andere Situation war. Die Verträge können aber nicht gebrochen werden. Er hält eine Interimslösung für eine Interimslösung für nicht gut. Der Bremer Senat habe Fehler gemacht bei der Ermittlung der Bedarfe an Kitaplätzen, in dem von falschen Voraussetzungen ausgegangen wurde. Der Anstieg der Bedarfszahlen beispielsweise durch Zuzüge sei deutlich höher.

Herr Staatsrat Strehl teilt mit, er sei vor 2 bis 3 Jahren mit dem Fall beauftragt worden. Einer Übergangslösung wurde von allen Beteiligten zugestimmt. Die Finanzsenatorin müsse aber auch wirtschaftlich arbeiten. Das sei mit dem Gebäude in der Berckstraße 10 nicht mehr möglich, da es sich um ein marodes Gebäude handle. Die Kita-Ausbauplanung bis ins Jahr 2020 sei vom Senat mit 30 Millionen Euro unterfüttert. Dabei handle es sich um viel Geld.

Beschluss: Der Beirat fordert die Senatorin für Kinder und Bildung in Zusammenarbeit mit Kita Bremen – wie schon im Jahr 2014 gefordert – auf, geeignete Standorte zum Aufstellen von Modulbauten für eine auskömmliche U3- und Ü3-Betreuung in Ersatz für die Interimskita in der Berckstraße und den darüber hinaus bestehenden Bedarf im Stadtteil Horn-Lehe für das Kita-Jahr 2016/2017 zu suchen, dem Beirat vorzulegen und die Modulbauten dann unverzüglich aufzustellen. **(einstimmig)**

Zu TOP 3: Wünsche, Fragen und Anregungen aus der Bevölkerung

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Zu TOP 4: Anträge des Beirates

4.1. CDU – Haltestellen der Straßenbahnlinie 4 S in Horn-Lehe

Herr Gülke erklärt den Antrag der CDU. Die Haltestelle Am Lehester Deich werde von vielen Menschen genutzt. Weil die Linie 4 S hier nicht halte, werde ein ganzer Ortsteil vom Angebot der Schnellverbindung abgeschnitten.

Herr Eichner erklärt, die Bremer Straßenbahn habe diese Haltestelle aufgrund von Fahrgastzählungen aus dem Angebot der 4 S herausgenommen. Er schlägt vor, hierüber im Verkehrsausschuss erneut zu sprechen und einen Vertreter der BSAG zu der Sitzung einzuladen.

Herr Drechsel stimmt dem Vorschlag zu. Er hält es ebenfalls für nicht gut, dass ein Ortsteil ausgespart werde, dafür hält die Linie 4 S in Horn 3 Mal (Horner Mühle, Vorstraße, Horner Heerstraße).

Herr Gülke übernimmt als Antragsteller den Vorschlag, hierüber weiter im Verkehrsausschuss zu beraten.

Beschluss: Der Antrag: „Die BSAG soll die Möglichkeit eines weiteren Haltepunktes in Horn-Lehe prüfen. Dafür kommt z.B. die Haltestelle „Am Lehester Deich“ in Frage.“

Begründung :

Derzeit durchfährt die Linie 4 S weite Teile von Horn-Lehe ohne Stopp. Zwischen Borgfeld und „Kopernikusstraße“ werden keine Haltestellen bedient. Es ist nicht hinzunehmen, dass hier ein ganzer Ortsteil von dem Angebot ausgeschlossen wird.“

wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in den Fachausschuss Umweltschutz und Verkehr überwiesen. **(einstimmig)**

4.2. CDU – Freigabe von Turnhallen

Herr Gülke erklärt den Antrag. Die Vereine und die sportbetonte Oberschule Ronzelenstraße hätten aufgrund der Turnhallenbelegung große Probleme, ihre Angebote aufrecht zu halten.

Herr Quaß ergänzt, die Oberschule Ronzelenstraße werde zum Glück nicht mehr als Evakuierungsstandort bei extremen Wetterlagen genutzt. Der Schulbetrieb wurde hierdurch bereits 3 Mal massiv beeinträchtigt. Die Uni-Sporthalle an der Grazer Straße sei wichtig für den Schulstandort und für den Vereinssport im Stadtteil. Es müsse deshalb schnell eine nachhaltige Lösung für eine andere Unterbringung von Flüchtlingen gefunden werden.

Herr Mazur betont, die Sozialsenatorin sei sehr bemüht, die Turnhallen und Zelte nicht mehr als Notunterkunft für Flüchtlinge zu nutzen. Die Erstellung eines Konzeptes sei schwierig, es müsse aber ein Signal seitens des Beirates geben.

Frau Hanke teilt mit, ihre Fraktion unterstütze den Antrag. Sie beklagt, dass der Beirat bei den Entscheidungen zu den Standorten in Horn-Lehe nicht beteiligt wurde. Ein Konzept über Standorte sei wichtig und würde mehr Klarheit bringen.

Beschluss: Der Beirat bekennt sich weiterhin dazu, Menschen in Not solidarisch zu helfen und sie zu unterstützen. Er erkennt an, dass in Notsituationen auch Turnhallen zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden müssen. Diese Notlösungen dürfen aber nicht zur Dauerlösung werden!

Der Beirat fordert deshalb die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport auf,

1.) bis zum 31.03.2016 ein Konzept vorzulegen, wie die bisher in den städtischen Turnhallen untergebrachten Flüchtlinge mit Ende der Winterzeit schnellstmöglich in wetterfeste Ausweichquartiere untergebracht werden können;

2.) dabei prioritär die bisher durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) belegte Turnhalle an der Grazer Straße schnellstens wieder für die Nutzung durch

Schulen und Sportvereine freizugeben. Dazu gehört die unverzügliche finanzielle Absicherung aller ggf. notwendigen Renovierungsarbeiten.

Gerade Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration der Flüchtlinge. Damit dies auch in der Zukunft möglich ist, werden die Hallenkapazitäten dringend benötigt. **(einstimmig)**

4.4. SPD – Schneeräumung

Herr Eichner erklärt den Antrag. Er beklagt die Situation zu Beginn des Jahres, als die Fußwege erst sehr spät von Schnee und Eis befreit wurden. Auch die Übergänge von Fuß- und Radwegen müssten besser geräumt werden.

Herr Mazur und Frau Stuck ergänzen, besonders die Radwege müssten geräumt werden, da viele Schüler trotz Schnee und Eis mit dem Fahrrad zur Schule fahren.

Herr Eichner entgegnet, er halte die Reinigung der Gehwege für wichtiger, da hier auch Rollstuhlfahrer, ältere Menschen, Kinder usw. unterwegs seien. Er habe aber keine Bedenken, die Radwege in den Antrag mit aufzunehmen.

Beschluss: Der Beirat fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere die Straßenübergänge, Radwege sowie die Zuwegungen zu BSAG/VBN-Haltestellen bei Schnee unverzüglich freigeräumt werden. **(einstimmig bei einer Enthaltung)**

4.5. SPD – Reservierung von Globalmitteln für Jugendbeteiligung im Stadtteil

Frau Hanke erklärt den Antrag.

Frau Köstner erklärt kurz, was im Allgemeinen unter Jugendbeteiligung zu verstehen ist und was Jugendbeteiligungsprojekte beinhalten können.

Beschluss: Der Beirat reserviert aus seinen Globalmitteln für das Kalenderjahr 2016 eine Summe von 5.000 Euro für Jugendbeteiligungsprojekte. **(einstimmig)**

Zu TOP 5: Stand des Haushaltsaufstellungsverfahrens 2016/2017 und Stadtteilbudgets

Herr Strehl teilt mit, das Haushaltsaufstellungsverfahren sei in Bremen sehr umfangreich. Als Haushaltsnotlageland müsse Bremen zur Sanierung des Haushaltes jährlich 125 Millionen Euro weniger ausgeben oder mehr einnehmen. Dabei handele es sich um eine enorme Kraftanstrengung, die durch das Land und die Stadtgemeinde Bremen zu erbringen sei. Der Haushalt 2016/2017 werde bis in den Sommer 2016 diskutiert und dann möglichst vor der Sommerpause im Parlament in zweiter Lesung beschlossen. Dies sei zwar eine lange Zeit, aber es sei normal, dass der Haushalt so lange beraten werde.

Der investive Rahmen liege pro Jahr bei 430 Millionen Euro. Davon seien 380 Millionen Euro schon vor den Beratungen festgelegt. Der Senat könne also nur noch über 30 Millionen Euro beraten. Für das Jahr 2017 sehe es besser aus, dann könne über etwa 100 Millionen Euro beraten werden.

Bezüglich der Personaleinsparungsquote erklärt er, jährlich müssten 200 Stellen im Öffentlichen Dienst eingespart werden. Da KITAS, Schulen und Polizei ausgenommen würden, habe man sich eine Einsparung von 100 Stellen geeinigt. Gleichwohl sei ihm bekannt, dass die Belastungsgrenze im gesamten Öffentlichen Dienst erreicht sei. Es solle ein Pool gegründet werden, aus dem heraus Personal in verschiedenen Dienststellen eingesetzt werden können. Bezüglich der Arbeit mit der Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen müsse auch Amtshilfe geleistet werden.

Herr Strehl erklärt weiter, dass der Senat in der nächsten Woche über die Verteilung der konsumtiven Mittel beraten werde. Eine Entscheidung werde dann im Februar 2016 getroffen. Hierfür können die Beiräte noch Vorschläge einbringen.

Mit Blick auf das Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter führt er aus, dass die Entscheidung über den Haushalt der Stadtbürgerschaft obliege. Im Jahr 2010 habe man sich aber parlamentarisch auf eine Stärkung der Beiräte verständigt und entsprechende Änderungen im § 10 OBG vorgenommen. Bislang wurden die im § 10 OBG festgehaltenen Regelungen in der Praxis nicht umgesetzt, woraufhin der der Beirat Schwachhausen den Bausenator verklagte und Recht bekam. Der Senat habe daraufhin entschieden, gegen die Entscheidung des Gerichts keine Rechtsmittel einzulegen. Es solle nun ein Budget für verkehrslenkende oder –beschränkende Maßnahmen ausgewiesen werden, die pro Stadtteil einem Verteilerschlüssel ähnlich den Globalmitteln folgten (anhand von Einwohnerzahlen, Fläche). Eine genaue Summe könne er heute noch nicht nennen. Er betont, dass es wichtig sei, die Landeshaushaltsordnung (LHO) einzuhalten. Näheres hierzu werde in der Sitzung der Beirätekonzferenz am 03.02.2016 bekanntgegeben.

Herr Gülke fragt nach, ob die Beiräte geschult werden für die Vergabe von Mitteln.

Herr Mazur fragt nach, ob für bestimmte Maßnahmen auch Gelder angespart werden können, oder ob diese, wie bei den Globalmitteln, am Ende des Jahres verfallen.

Herr Strehl betont, Projekte sollen gefördert werden. Hierfür sei es wichtig, dass Gelder angespart werden können.

Frau Hanke erklärt, die Beiräte übernehmen viel Verantwortung durch das neue Gesetz. Sie möchte wissen, ob es bald auch Stadtteilbudgets für andere Ressorts geben könnte.

Herr Strehl teilt mit, dass unterschiedliche Meinungen vorherrschten, wie weit das Stadtteilbudget reichen solle. Hierüber müsse noch weiter diskutiert werden. Er verteilt an die Beiratsmitglieder eine neue Broschüre "Aufstellung der Haushalte 2016 und 2017 sowie der Planung 2018 bis 2020".

Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Zu TOP 6: Positionierung des Beirates zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan für das Vorhaben "Kindertagesstätte und Wohnhaus" an der Riekestraße

Frau Köstner erläutert, dass es mit dem Ziel der Änderung des Bebauungsplans 121 im November 2015 eine Einwohnerversammlung gegeben habe. Nachdem auch der Fachausschuss Bau und Denkmalschutz des Beirates Horn-Lehe mehrfach das Thema diskutiert und unterschiedliche Argumente ausgetauscht habe, sei die Bremer Heimstiftung an den Beiratssprecher mit der Bitte um Beschlussfassung herangetreten. Da ein öffentliches Interesse an einem Beiratsbeschluss bestehe, wurde der Tagesordnungspunkt für die Beiratssitzung aufgenommen. Dennoch seien vor der Beschlussfassung noch Fragen des Beirates zu beantworten, weshalb Herr Lemke (bpw) und Vertreter der Bremer Heimstiftung eingeladen wurden.

Sie schlägt folgende Verfahrensweise für die weitere Behandlung vor: Der vom Beirat übermittelte Fragenkatalog solle durch den Investor bzw. Herrn Lemke beantwortet werden. Dann sind Verständnisfragen des Beirates möglich. Um die Einwohnerversammlung inhaltlich nicht zu wiederholen, würden lediglich drei Wortmeldungen aus der Bevölkerung zugelassen, da die Anwohner in der erwähnten Einwohnerversammlung all ihre Anregungen, Wünsche und Bedenken vorgebracht hätten. Eine Verständigung, wer das Wort ergreifen werde, sei sinnvoll. In den Zuschauerreihen regt sich Unmut.

Herr Lemke erklärt das Vorhaben. Er betont, in Horn-Lehe gebe es große Versorgungsprobleme bezüglich Kitaplätzen. Ebenso gebe es einen hohen Bedarf an Wohnungen. Das Leitbild Bremens sei die Innenstadtverdichtung.

Laut des zu Beginn des Jahres 2015 beschlossenen Flächennutzungsplans sei der geplante Bereich als Wohnfläche ausgewiesen, als Baufläche mit Grünstruktur. Der ÖPNV-Anschluss sei hier gut. Mit dem geplanten Neubau liege man genau bei der zulässigen Grundflächenzahl von 0,3 – 30 Prozent der Gesamtfläche dürfen überbaut werden.

Bezüglich des ökologischen Werts der Grünfläche, auf der die Kita und ein Wohnhaus für Senioren entstehen sollen, habe ein Sachverständiger festgestellt, dass es sich hierbei um Scherrasen mit Gras, Gänseblümchen-, Scharfgarben- und Löwenzahlbewuchs handele. Ökologisch hochwertig sei diese Fläche damit nicht.

Laut eines Verkehrsgutachters sei die Riekestraße eher in den Morgenstunden durch parkende Autos belastet. Deshalb könne er sich vorstellen, bei der Zuwegung zum Neubau eine Parkta-sche für 10 Pkw-Stellplätze zu errichten.

Die Sichtbeziehung zur Horner Kirche werde durch die Neubauten nicht verändert, da lediglich die eingeschossige Kita, nicht aber das dreigeschossige Wohnhaus auf besagter Achse geplant sei.

Herr Stehnen erklärt als Baumgutachter, es wurden Wurzelsuchgrabungen vorgenommen, um zu sehen, ob durch das Befahren von Baufahrzeugen oder regelmäßigen Pkw-Verkehrs Baumwurzeln beschädigt werden könnten. Dieses sei nicht der Fall, da die Haltewurzeln tiefer liegen als 40 cm. Es haben vor Jahren Aufschüttungen in diesem Bereich stattgefunden. Die Belastungen seien so gering, so dass sich die Natur jedes Jahr wieder regulieren wird.

Herr Lemke ergänzt, die in der Riekestraße auf das Grundstück vorhandene Feuerwehrezufahrt müsse laut der Feuerwehr auf jeden Fall wiederhergestellt werden. Der jetzige Zustand sei so nicht in Ordnung.

Frau Hanke dankt Herrn Lemke für die Beantwortung aller Fragen aus dem Fragenkatalog.

Herr Drechsel schließt sich Frau Hanke an und betont, seine Fraktion war immer für die Neubauten und befürworte ein gemeinsames Konzept für Jung und Alt. Die Ausführungen von Herrn Lemke seien überzeugend.

Herr Quaß äußert Bedenken, dass nur 3 Wortmeldungen aus der Bevölkerung zugelassen werden sollen. Er stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, wonach aus dem Publikum mehr Wortmeldungen zugelassen werden sollen, ohne dabei eine konkrete Zahlenvorgabe zu machen.

<p>Beschluss: Die Beiratsmitglieder stimmen dem Antrag zur Geschäftsordnung, wonach aus dem Publikum mehr Wortmeldungen zugelassen werden sollen, ohne dabei eine konkrete Zahlenvorgabe zu machen, zu. (einstimmig)</p>
--

Auf Nachfrage von Herrn Leidreiter teilt Herr Lemke mit, dass es seitens der Bremer Heimstiftung keine alternativen Standorte für die Errichtung einer Kita und eines Wohnhauses gebe. Die Bremer Heimstiftung sei Eigentümerin dieses gesamten Areals. Bei der Parkanlage handele es sich nicht um eine öffentliche Fläche.

Herr Mazur fragt nach, wie der Baustellenverkehr geregelt werde, insbesondere vor dem Hintergrund des Baumschutzes. Außerdem fragt er, ob eine Grundwasserabsenkung vorgenommen werden soll.

Herr Lemke teilt mit, eine Fertigstellung der Gebäude zum Start des neuen Kindergartenjahres im August 2016 sei nicht mehr möglich, weil wegen des Planungsrechts noch viele Behörden

und der Senat beteiligt werden müssen. Eine Grundwasserabsenkung sei für dieses Bauvorhaben nicht notwendig. Wegen des Baumschutzes sollen kleine Baufahrzeuge genutzt werden. Auf weitere Nachfrage von Herrn Mazur teilt Herr Krieger mit, dass für das Wohnhaus keine Sozialwohnungen vorgesehen seien.

Herr Bulling erklärt, in Bremen werden im Rahmen der Kita-Ausbauplanung bis ins Jahr 2020 voraussichtlich 30 neue Kitas gebraucht. Ohne Investoren wären diesen Neubauten nicht möglich. Er betont, Kitas sollen wohnortnah und nicht am Stadtrand, errichtet werden.

Ein Anwohner problematisiert, während des Baus der Kita und des Wohnhauses werde gleichzeitig das Pumpwerk in der Achterstraße für 2 Jahre saniert bzw. umgebaut.

Ein anderer Anwohner beklagt, die Pkw-Stellplätze in der Riekestraße seien jetzt schon voll belegt. Dieser Zustand würde durch die Eltern, die morgens ihre Kinder mit dem Auto zur Kita bringen, noch erschwert.

Weitere Wortmeldungen aus dem Publikum wiederholen die Aussagen der Vorgänger oder die Argumente der Einwohnerversammlung.

Noch ein Anwohner beklagt die Haltung vieler Bewohner, die sich gegen die Kita aussprechen. Er sei Vater von Kindern und auf wohnortnahe Kitaplätze angewiesen.

Frau Hanke erinnert daran, dass 2006 im Beirat über den Bebauungsplan im Bereich des Mühlenviertels gesprochen wurde. Der Investor war bereit, dort eine Kita zu errichten, aber dies war damals von der Sozialbehörde nicht gewollt bzw. nicht weiter verfolgt worden. Der Flächennutzungsplan für ganz Horn-Lehe ist im letzten Jahr vom Beirat Horn-Lehe beschlossen worden. Darin ist auch die Fläche der Bremer Heimstiftung enthalten. Sie sieht es als großes Glück an, dass hier ein Investor eine neue Kita errichten will. Die angeführten Verkehrsprobleme gebe es in allen Stadtteilen.

Herr Quaß teilt mit, der Flächennutzungsplan lasse nicht alle Bauten zu. In diesem Fall sei das Grundstück nach Bebauung nicht mehr wiederzuerkennen. Die Bedarfe seien heute zwar anders, aber der alte Bebauungsplan wurde so erstellt, um diese letzte dörfliche Fläche zu schützen. Er betont, dieses private Areal werde für Spaziergänge viel genutzt. Er fragt nach, warum es keine Alternativen gebe.

Herr Lemke teilt mit, der alte Bebauungsplan sei über 40 Jahre alt. Aber auch dieser B-Plan setze nicht nur Grünfläche voraus. Eine Kita würde sich hier sehr gut einfügen.

Frau Bäuerlein betont, die Kitasituation sei dramatisch. Deshalb sei es der SPD wichtig, für eine bessere Versorgung von Kindern zu sorgen. Sie lobt das diesbezügliche Engagement des privaten Investors.

Frau Konrad betont, die Innenentwicklung falle allen Stadtteilen nicht leicht. Diese sei allerdings alternativlos. Soziale Einrichtungen müssten wohnortnah sein. Der B-Plan sehe jetzt schon eine Grundflächenzahl von 0,3 vor.

Frau Bäuerlein stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Redeliste.

<p>Beschluss: Der Antrag auf Ende der Redeliste wird angenommen (einstimmig bei einer Enthaltung) und die bestehenden Wortmeldungen abgearbeitet.</p>

Herr Drechsel erklärt, die Stadt sei nicht in der Lage, schnelle Lösungen für die Kinderbetreuung zu schaffen. Deshalb sei man auf private Investoren angewiesen. Bremen sei eine wachsende Stadt, insbesondere durch Kinder.

Frau Hanke betont, die Arbeit der Bremer Heimstiftung bezüglich des betreuten Wohnens sei sehr gut. Bremen könne als Haushaltsnotlageland froh sein, private Investoren zu haben.

Herr Mazur betont, seine Fraktion tue sich sehr schwer bei der Entscheidung für eine Änderung des Bebauungsplans. Am Ende müsse man aber im Sinne des Stadtteils gerecht abwägen.

Beschluss: Der Änderung des Bebauungsplans 121 wird mit mehrheitlich zugestimmt. **(8 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen)**

Frau Köstner teilt mit, wegen der fortgeschrittenen Zeit müssten die Tagesordnungspunkte 7 bis 10 vertagt werden und schließt die Sitzung.

Inga Köstner
- Vorsitzende -

Stefan Quaß
- Beiratssprecher -

Maren Gagelmann
- Protokollführerin -